



**Wuppertaler**

**Kommunalwahl-**

**programm 2025**

**AM 14.09. AfD WÄHLEN!**



# Kommunalwahlprogramm 2025

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Alternative für Deutschland – Kreisverband Wuppertal – vertreten durch Dr. Frank Schnaack, unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die in diesem Heft verwendeten Bilder ( © Victor Arsenov, © Frank Schnaack und © Frè Sonneveld) unterliegen ebenfalls dem Urheberrecht. Eine Nutzung oder Weiterverbreitung ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung zulässig.

## **AfD Kreisverband Wuppertal**

Heckinghauser Str. 247

42289 Wuppertal

[kreisverband@afd-wuppertal.de](mailto:kreisverband@afd-wuppertal.de)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Frank Schnaack

© Alternative für Deutschland – Kreisverband Wuppertal – 2025 – 1. Ausgabe

# 1 STARKE KOMMUNEN – DAS FUNDAMENT VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE

## 1.1 Bürgernähe und kommunale Selbstverwaltung

- **Subsidiaritätsprinzip als Leitbild:** Mit der in der Verfassung verankerten kommunalen Selbstverwaltung und Subsidiarität ist es in Wirklichkeit nicht weit her: Die Gemeinden und Kreise verwalten in der Hauptsache Vorgaben, die ihnen vom Land und vom Bund gemacht werden. Ein besonders dunkles Kapitel ist die Gesetzesflut, die sich aus der EU in unser Land ergießt.
- **Direkte Demokratie:** Die AfD Wuppertal fordert bei wichtigen Entscheidungen mehr direkte Demokratie. Parteien sollen am politischen System mitwirken, dies aber nicht beherrschen. Die Bürger müssen sich bei wichtigen Entscheidungen beteiligen und ihre Meinungen einbringen können. Daran muss sich der Stadtrat gebunden fühlen. Zur frühzeitigen Information der Bürger über die wichtigsten Projekte und Planungen der Stadt muss eine fortlaufende aktualisierte „Vorhabenliste“ zur Verfügung stehen.

## 1.2 Finanzpolitische Grundlagen für ein starkes Wuppertal

- **Prioritäten setzen:** Leider wird Wuppertal wieder den Einschränkungen eines Haushaltssicherungskonzeptes unterliegen, weil es überschuldet ist. In Vorbereitung darauf muss die Verwaltung klare Prioritäten setzen: Weniger Klimamanagement, weniger Energieberatung – dafür mehr Anstrengungen, günstig an Fördergelder heranzukommen.

## 1.3. Stadtverwaltung

- **Personalentwicklung:** Das Personal der Stadtverwaltung geht demnächst innerhalb kurzer Zeit zu großen Teilen in Rente. Dieser weitgehende Erfahrungsverlust muss für die Zukunft mit einem Altersstufen-Personalkonzept verhindert werden.
- **Technische Hilfen:** Verstärkt müssen die Möglichkeiten von Automatisierung der Verwaltungsabläufe und der Künstlichen Intelligenz genutzt werden.
- **Wir setzen uns für eine effiziente Verwaltung ein:** Das wirtschaftliche Verhalten Wuppertals gehört regelmäßig auf den Prüfstand.
- **Besser ausschreiben:** Für die zu erteilenden Aufträge muss ein sachgerechtes Ausschreibungsmanagement eingerichtet werden.



## 2 EINE LEISTUNGSFÄHIGE WIRTSCHAFT – DAS STARKE RÜCKGRAT UNSERER STADT

### 2.1 Förderung des Mittelstands und lokaler Unternehmen

- **Flächenentwicklung:** Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Veränderung und Wachstum. Geeignete Grundstücke sind rar in Wuppertal – wir wollen die Anstrengungen vermehren, das zu verbessern.
- **Maßnahmen für KMU:** Gezielter Bürokratieabbau hilft am besten. Die Stadtverwaltung muss in Zusammenarbeit mit den Unternehmen herausfinden, wo der Schuh drückt, und dann die Verfahren vereinfachen.
- **Regionale Wirtschaftsförderung:** Wir setzen auf die Schaffung von Gründerzentren und Gewerbeclustern, die insbesondere jungen Unternehmern und Handwerksbetrieben Freiräume geben. Innovative Ideen und regionale Netzwerke sollen so zu einem Wachstumsmotor werden.
- **Handelsförderung:** Der Einzelhandel hat es schwer in Wuppertal. Vor allem aus den Fehlern der Dauerbaustelle in der Elberfelder City muss die Stadtverwaltung lernen. Störungen beim Zugang zu den Geschäften müssen so kurz wie irgend möglich sein. Außerdem braucht der Einzelhandel ausreichend Parkraum für die Kunden. Die ideologiegetriebene Verknappung von Parkplätzen lehnen wir ab.

### 2.2 Innovations- und Strukturpolitik

- **Verbesserung der Standortattraktivität:** Neben der technischen Infra-struktur ist auch die Verbesserung der Verkehrsanbindung – etwa durch optimierte ÖPNV-Verbindungen – wichtig. Dies bringt die Arbeitnehmer an ihre Arbeitsplätze vor allem auf den Südhöhen und stärkt die Wirtschaftskraft unserer Stadt Wuppertal.
- **Kein Verschwinden der Industrie:** Arbeitsplätze in der Industrie schaffen Werte und sind gut bezahlt. Unternehmen der Industrie müssen das Rückgrat der Wuppertaler Wirtschaft bleiben. Chancen ergeben sich u.a. durch das Erstarken der Rüstungsindustrie. Mit gegenseitigem Haareschneiden können wir unser Wohlstandsniveau nicht halten.

### 2.3. Den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

- **Tourismus in Wuppertal, Remscheid und Solingen:** Attraktive Tourismusangebote sind für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege

und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

- **BUGA:** Wir sprechen uns für die Durchführung der BUGA aus. Reicht das Geld nicht, kann das Programm abgespeckt umgesetzt werden. Wichtige Impulse entstehen für die Stadtentwicklung auf jeden Fall, und warum soll sich Wuppertal nicht „zu Hause“ schön einrichten?
- **Bergbahn:** Eine beträchtliche Attraktion wäre der Neubetrieb der Barmer Bergbahn. Die vorhandene Machbarkeitsstudie ist die Grundlage, entsprechende Planungen in Angriff zu nehmen.

## 3 DER ÖFFENTLICHE RAUM – INTENSIVIERUNG VON SICHERHEIT UND ORDNUNG

### 3.1 Stärkung der inneren Sicherheit

- **Personalaufstockung bei Polizei und Ordnungsamt:** Angesichts der steigenden Kriminalitätsraten, insbesondere in bestimmten Stadtteilen, muss das Sicherheitspersonal optimiert eingesetzt werden. Wir fordern ab 22:00 Uhr vermehrte Polizeipräsenz im Außendienst.
- **Evaluierung Nachtbürgermeister:** Ob die Einrichtung der Stelle eines Nachtbürgermeisters wirklich nützlich ist, muss unbedingt überprüft werden.
- **Gezielte Präventionsmaßnahmen:** Durch regelmäßige Sicherheitskampagnen und Bürgerinformationen wird das Sicherheitsgefühl nachhaltig gestärkt. Zudem wollen wir Nachbarschaftsinitiativen und Präventionsprojekte fördern.

### 3.2 Schutz des öffentlichen Raums

- **Technische Überwachung:** Der Einsatz moderner, KI-gesteuerter Videoüberwachungssysteme an Kriminalitätsschwerpunkten trägt zur Abschreckung von Straftaten bei; dabei wollen wir den Datenschutz strikt beachten.
- **Maßnahmen gegen Vandalismus und Vermüllung:** Den meisten Menschen ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Oft wird jedoch das Erscheinungsbild der Stadt durch Vermüllung und Vandalismus gestört. Das wird meist nicht verfolgt, während es erhebliche Kosten verursacht. Strenge Sanktionen bei Vandalismus und illegaler Müllentsorgung würden das Erscheinungsbild der Städte verbessern. Wir wollen Aufräumaktionen und städtische Reinigungsinitiativen ausbauen. Auch Schmierereien, die illegale Anbringung von Aufklebern und Plakaten, die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von Gemeinschaftseigentum müssen wirksam

bekämpft werden. In Härtefällen werden wir Haus- und Grundstückseigentümer dabei unterstützen, Beschädigungen an ihrem Eigentum zu beseitigen.

### 3.3 Kooperation kommunaler Sicherheitskonzepte

**Soziologen haben es vorausgesagt:** Gruppen junger Männer werden infolge der irregulären Massenzuwanderung seit 2015 zunehmend das Bild des öffentlichen Raums bestimmen. Das führt bereits zu einem Rückzug der normalen Bürger von dort. Wuppertal soll aber nicht nur Heimat werden für die, die bei uns zu Recht ein Bleiberecht bekommen, sondern auch Heimat bleiben für alle, die seit jeher hier leben und ein Recht darauf haben, sich nicht aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt zu fühlen. Sicherheitskontrollen und Absperrpoller sind heute Alltag von öffentlichen Veranstaltungen geworden. Hinzu kommen eine unübersehbare Vermüllung und ein Vandalismus, welche ganze Stadtteile prägen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat infolgedessen stark gelitten.

#### Daher fordern wir:

- **Frauenschutzzonen:** Sie sind nicht nur ein praktisches Mittel zur Erhöhung der Sicherheit – sie sind auch ein deutliches politisches Signal: Gewalt gegen Frauen – egal von wem – wird von der AfD nicht toleriert. Wer diese Maßnahme ablehnt, stellt Ideologie über Sicherheit und lässt die Betroffenen im Stich. Es ist eben nicht "Stigmatisierung", sondern Selbstschutz – und wer dagegen ist, sollte den Opfern solcher Taten ins Gesicht sagen, warum ihr Schutz angeblich weniger zählt als politische Korrektheit.
- **Integrierte Sicherheitsnetzwerke:** Eine Optimierung von Polizei und Ordnungsamt. Gemeinsame Operationen verstärken die Wirkung etwa bei Kontrollen.
- **Schutz der öffentlich Beschäftigten:** Der Respekt gegenüber Staatsdienern ist in den letzten Jahren stark gesunken. Angesichts der zunehmenden Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst (beispielsweise: Polizei, Ordnungsamt, Feuerwehr und Rettungsdienst) fordern wir deutlich höhere Strafen und Präventivmaßnahmen, um den Schutz derjenigen zu gewährleisten, die für uns alle arbeiten.
- **Sozialmissbrauch bekämpfen:** Es ist inakzeptabel, dass bestimmte Personen durch Mehrfachbezug unser Sozialsystem ausreizen und gleichzeitig in dubiose Geschäfte verwickelt sind. Die AfD fordert eine rigorose Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs durch eine enge Netzwerkarbeit der kommunalen Akteure. Straftaten und Schwarzarbeit zulasten der hart arbeitenden Steuerzahler müssen ein Ende haben!

## 4 STABILE FAMILIEN – KEIMZELLEN DER GANZEN GESELLSCHAFT

Unser Ziel ist es, verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für Familien und alle Generationen zu schaffen. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. In ihnen werden Werte vermittelt, Verantwortung gelernt und Gemeinschaft gelebt.

Gepflegte Spielplätze, sichere Freizeitangebote für Jugendliche sowie eine seniorengerechte Infrastruktur sind keine Nebensächlichkeiten, sondern Ausdruck einer Heimat, in der sich alle Generationen sicher und geborgen fühlen können. Unsere Politik ist dem Ziel verpflichtet, die Familie zu schützen, Traditionen zu bewahren und das generationsübergreifende Miteinander zu fördern – heute und in Zukunft.

Die Stadt ist der unmittelbare Lebensraum für Kinder, Eltern und Großeltern. Sie familienfreundlich zu gestalten, muss zu den vornehmsten Aufgaben verantwortungsvoller Kommunalpolitik zählen – nicht nur als Standortfaktor, sondern als Ausdruck einer Haltung: Wer die Familie stärkt, investiert in die Zukunft unseres Landes.

### 4.1 Verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Förderung

- **Wohnortnahe Betreuung:** Erweiterung der täglichen Öffnungszeit von Kitas als Service für berufstätige Eltern, auch um den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.
- **U3-Betreuung an die Bedürfnisse unserer Kleinkinder anpassen:** Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Ist eine Fremdbetreuung notwendig oder erwünscht, sollte auf das Bedürfnis unserer Kleinsten nach einer kontinuierlichen Betreuungsperson Rücksicht genommen werden. Dies ist bei Tagesmüttern und Kinderfrauen der Fall.

### 4.2 Familien stärken – durch flexible Arbeitsmodelle und echte Wahlfreiheit

- **Arbeitswelt im Dienst der Familie:** Flexibilität mit Maß und Verantwortung  
Die AfD steht für eine Arbeitswelt, die der Familie nicht im Wege steht, sondern sie stärkt. Wir befürworten eine verantwortungsvolle Öffnung hin zu flexiblen Arbeitsmodellen – besonders für berufstätige Eltern und Alleinerziehende, in der Stadtverwaltung und wo immer die Stadt Einfluss nehmen kann.
- **Teilzeitausbildung für junge Eltern: Zukunft durch Verantwortung:** Respekt und praktische Unterstützung für junge Eltern - deswegen setzt sich die AfD für den Ausbau qualifizierter Teilzeitausbildungsangebote in der Stadt-

verwaltung ein: Junge Eltern können so eine fundierte Ausbildung trotz familiärer Verpflichtungen absolvieren.

Die öffentliche Hand muss hier eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft übernehmen und Mut zur Innovation beweisen – auf der Grundlage von Leistung, Verlässlichkeit und gegenseitiger Achtung.

**Denn eine Gesellschaft, die Familie und Arbeit in Einklang bringt, investiert in ihre eigene Zukunft – verantwortungsvoll, generationenbewusst und heimatverbunden.**

### **4.3 Senioren in den Blick nehmen**

Noch auf längere Zeit werden ältere Menschen einen überdurchschnittlichen Teil der Stadtbevölkerung bilden. Ihren Belangen ist unbedingt Rechnung zu tragen. Das ist Aufgabe des von der Stadt eingerichteten Seniorenbeirats. Die Geschäfte des Beirats führt das städtische Sozialamt. Die AfD spricht sich für die Bestellung eines unabhängigen Beauftragten und die Einrichtung einer Geschäftsstelle als Anlaufpunkt ein.

## **5 SCHULE UND BILDUNG – UNSEREN KINDERN DIE ZUKUNFT ERSCHLIESSEN**

### **5.1 Schulische Vielfalt bedeutet den Erhalt aller Schultypen**

Wir sagen „**Ja!**“ zum **gegliederten Schulsystem!** Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule müssen als eigenständige Schulformen erhalten bleiben. Nur ein vielfältiges Bildungssystem bietet jedem Kind – unabhängig von seiner Herkunft oder seinen Fähigkeiten – die passende Förderung. Die AfD lehnt alle Versuche ab, Förderschulen abzuschaffen oder alle Kinder in ein Einheitssystem zu zwingen. Förderschulen zu erhalten bedeutet nachhaltige auch vernünftige Inklusion zu betreiben!

### **5.2 JA zur offenen Ganztagsschule – NEIN zur verpflichtenden Ganztagsschule**

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offene Ganztagsschulen mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Ein solches Angebot darf jedoch kein Zwang sein.

### **5.3 Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen**

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

### **5.4 Keine Einschränkung der Speisepläne an öffentlichen Schulen**

An vielen Schulen in NRW wird das Schulessen durch religiös begründete Verbote allgemein eingeschränkt, z. B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Die AfD betrachtet das als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich deutsche Schulen in keiner Weise fremden Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben und kein Schüler darf wegen seiner Speisewahl angefeindet oder denunziert werden!

### **5.5. Frühkindliche Bildung gezielt stärken – Sprache als Schlüssel**

Kinder, die zur Schule kommen, **müssen Deutsch sprechen können**. Das ist keine Diskriminierung, sondern eine Selbstverständlichkeit für gelungene Integration und erfolgreiche Bildungskarrieren. Wir fordern verbindliche Sprachstandserhebungen und verpflichtende Fördermaßnahmen für Kinder mit Defiziten – bevor sie eingeschult werden. Für eine erfolgreiche Bildung brauchen wir ausreichend Kita-Plätze und ein Ausbauprogramm für die offene Ganztagsbetreuung – **aber ohne verpflichtenden Ganztag**, denn Eltern sollen frei entscheiden können.

### **5.6. Digitale Bildung – aber nach Maß**

Die Digitalisierung ist kein Allheilmittel. Wir unterstützen den Einsatz moderner Technik, aber ohne das klassische Lernen zu vernachlässigen. Jeder Schüler soll Zugang zu einem digitalen Endgerät haben, doch die Technik darf nicht zum Selbstzweck werden. Wir setzen auf sinnvolle digitale Anwendungen wie Online-Abiturangebote oder Virtual-Reality-Anwendungen in der Berufsausbildung – immer mit Fokus auf Lerninhalte und Wertevermittlung. Auch begrüßen wir den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), aber diese darf nie das selbständige Denken ersetzen, sondern ist als Unterstützung im Lernprozess gedacht

## 6 WOHNEN UND LEBEN IN WUPPERTAL

### 6.1 Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger

Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 50 % und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Wegen der Regeln auf Bundes- und Landesebene lohnt sich ein Neubau derzeit nur, wenn nachher Mieten von etwa 18 Euro eingenommen werden. Die AfD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, das zu ändern. Bauen mit vorgefertigten Elementen und konsequente Nutzung von geförderten Finanzierungen müssen außerdem genutzt werden. Wuppertal hatte sich vorgenommen, 770 Wohnungen zu bauen. Die Stadt ist weit entfernt davon, aber schuld sind vor allen die irrsinnigen Klimaschutzfantasien der Ampel-Regierung. Es sieht nicht so aus, als ob die derzeitige Regierung daran etwas ändern wollte.

### 6.2 Mehrgenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt

Gleichwohl setzt sich die AfD zum Ziel, auf kommunaler Ebene durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies setzt der Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlaubt es rüstigen Menschen, durch Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu begreifen. Ein weiter Aspekt ist die Förderung des Respekts vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, der jungen Menschen mit auf den Weg gegeben wird.

### 6.3 Die AfD empfiehlt den Bau von Gemeinschaftswohnheimen für Auszubildende und Studenten

Viele junge Leute studieren in Wuppertal. Gleichzeitig befinden etliche Gleichaltrige in einer dualen Ausbildung. Beide Gruppen leiden aber gleichermaßen unter den steigenden Mietpreisen und der Wohnraumverknappung infolge einer verfehlten Wohnungspolitik, gerade im Hinblick auf die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung.

Während an den Universitätsstandorten die Wohnplätze notorisch zu wenige sind, ist ein entsprechendes Angebot für Auszubildende überhaupt nicht existent.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Alltagssituation für die Berufstätigen von morgen zu verbessern. Dazu gehören kurze Wege von der Wohnung zum Ausbildungsplatz und die Möglichkeit, erste Erfahrungen im eigenen Haushalt zu machen, soziale Kontakte zu knüpfen und Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.

Die räumliche Trennung von Auszubildenden und Studenten betrachten wir jedoch als eine überholte soziale Praxis. Beide Gruppen sollten vielmehr in der Freizeit einander begegnen und Einblicke in die Welt der anderen gewinnen. Die AfD tritt deshalb dafür

ein, geeignete Grundstücke zu erschließen und den Bau von Gemeinschaftswohnungen für Auszubildende und Studenten zu fördern.

#### **6.4 Bürokratie im Bauwesen reduzieren**

Die AfD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass Genehmigungsprozesse optimiert und die Bauvorschriften auf das notwendige Maß reduziert werden. Bauen muss wieder einfacher werden, auch das macht Bauen preisgünstiger!

#### **6.6 Frauenhäuser ausreichend finanzieren**

Wir fördern die Finanzierung von Frauenhäusern in Wuppertal. Als AfD setzen wir uns mit aller Entschlossenheit für den Schutz unserer Frauen ein. Dazu gehört für uns ganz selbstverständlich die klare finanzielle Stärkung von Frauenhäusern – nicht als symbolischer Akt, sondern als konkrete Maßnahme gegen häusliche Gewalt und Bedrohung. Frauenhäuser bieten Frauen und ihren Kindern nicht nur Schutzräume, sondern oft die einzige Chance auf einen sicheren Neuanfang. Wer hier spart, spart am Leben.

## **7 GESUNDHEIT**

Die AfD setzt sich für den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Hausarztpraxen in Wuppertal ein. In ländlich geprägten Stadtteilen soll gezielt gegen eine drohende Unterversorgung vorgegangen werden. Um die Hausarztpraxen zu erhalten und zu entlasten, befürworten wir bei Neugründung oder Praxisübernahme eine finanzielle Förderung durch die Kommune.

Die freie Arztwahl und das Prinzip der persönlichen Arzt-Patienten-Beziehung haben für die AfD Vorrang gegenüber anonymen, zentralisierten Versorgungszentren.

Die AfD fordert mehr Eigenverantwortung der Bürger im Umgang mit ihrer Gesundheit und lehnt eine zunehmende staatliche Bevormundung im Bereich Gesundheit ab.

Die AfD steht einer übermäßigen Digitalisierung des Gesundheitswesens kritisch gegenüber. Datensicherheit und Patientenschutz haben oberste Priorität.

Digitale Lösungen dürfen nur dort eingesetzt werden, wo sie echte Vorteile für Patienten bringen und den Arzt nicht ersetzen.

## **8 SPORT IN UNSERER STADT**

Sport ist die größte Bürgerbewegung, fördert Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl und ist zudem einer erfolgreichen Integration förderlich. Sport ist außerdem wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD sind daher die Förderung und der Ausbau des

Breiten-, Behinderten- und des Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

## **8.1 Ehrenamt im Sportbereich stärken**

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Daher fordert die AfD eine bessere Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit und eine bessere finanzielle Unterstützung unserer Sportvereine.

## **8.2 Schwimmenlernen**

Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein und darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Die AfD fordert, dass die Voraussetzungen dafür durch die Stadt geschaffen werden, damit am Ende der Grundschulzeit alle Kinder schwimmen können.

## **8.3 Spielplätze und Sportstätten**

Hier soll engmaschig in Bezug auf Funktionalität und Sauberkeit überprüft, verbessert und gepflegt werden. Zudem soll durch regelmäßige Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei sichergestellt werden, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Spielplätze und Sportstätten auch nutzen können. Personen, die diese zweckentfremden, wie Kriminelle, Jugendbanden, Drogenkonsumenten usw. müssen konsequent und nachhaltig von diesen Orten verwiesen werden.

So weit wie möglich sollen die Sportstätten der Stadt auch inklusiven Sport ermöglichen, dafür sind die baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu sind die Betroffenen einzubeziehen. Unbedingt sind die von der Stadt angebotenen Sportkurse in den Ferien fortzusetzen.

## **8.4. Olympiabewerbung**

NRW überlegt, sich für die Ausrichtung olympischer Spiele zu bewerben. Wuppertal könnte vom Sportstättenbau profitieren und teilnehmenden Sportlern in der Vorbereitung Trainingsmöglichkeiten bieten.

## **8.5. Spitzensport**

Der BHC steigt wieder in die Handballbundesliga auf. Wir wollen eine würdige Spielstätte bieten – dazu könnte eine Doppelnutzung mit der Gesamtschule in Heckinghausen eine Möglichkeit sein.

## 8.6 Gezielte Umsetzung:

### Vernetzung von Grünflächen:

- Entwicklung eines Netzwerks von Grünflächen, Parks und Promenaden, das für sportliche Aktivitäten, Spaziergänge und Radfahren genutzt werden kann.
- Erhalt von Laufstrecken und Radwegen, die verschiedene Stadtteile miteinander verbinden.

## 9 INKLUSION IN UNSERER STADT

Inklusion bedeutet für uns nicht Gleichmacherei, sondern individuelle Förderung im Rahmen unserer örtlichen Gegebenheiten, Traditionen und Werte. Wir setzen auf realistische, ortsnahe Lösungen statt ideologischer Pauschallösungen. Jeder Mensch soll sich nach seinen Möglichkeiten in unsere Gesellschaft einbringen können – mit Rechten, aber auch Pflichten.

### 9.1 Inklusion durch Leistung und Eigenverantwortung

- Förderung individueller Stärken statt Gleichbehandlung um jeden Preis;
  - Erhalt und Ausbau von Sonderangeboten für Förderschulen;
  - Maßnahmen nach Bedarf, nicht nach Ideologie: individuelle Lösungen für Menschen mit Einschränkungen statt flächendeckender Zwangsinklusion.
- Unterstützung von Betrieben, die Menschen mit Behinderung oder Senioren beschäftigen – aber auf freiwilliger Basis, nicht durch Quoten.

### 9.2. Regionale Identität und kulturelle Verwurzelung

- Kommunale Inklusion orientiert sich an der lokalen Leitkultur: Sprache, Traditionen, christlich-abendländische Werte;
- Keine Bevorzugung von Migranten oder ideologische „Vielfaltspädagogik“;
- Ehrenamtliche Heimatpflege als inklusive Maßnahme: Alte und eingeschränkte Menschen können sich in Heimatvereinen, Museen oder Chronikgruppen engagieren.

### 9.3. Barrierefreiheit ohne Ideologie

- Barrierefreiheit im Alltag stärken – aber mit klarem Kosten-Nutzen-Prinzip;
- Priorität für öffentliche Gebäude, Wahllokale, Busse.

- Digitalisierung nutzen: Online-Dienste, Arzttermine, Verwaltung einfacher gestalten.

#### **9.4. Familie als inklusive Lebensform**

- Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern, in denen Kinder, Eltern und Großeltern voneinander profitieren;
- Keine Gender-Programme – stattdessen Förderung familiärer Fürsorge für Menschen mit Einschränkungen;
- Teilhabe über Familie und Nachbarschaft – nicht über teure Sozialexperimente.

#### **9.5. Inklusive Sicherheit und Ordnung**

Schutzbedürftige Gruppen wie Senioren, Kinder oder Menschen mit Handicap dürfen nicht Opfer von Vernachlässigung oder Kriminalität werden, daher fordern wir, dass kommunale Sicherheitsdienste gestärkt werden.

#### **9.6. Ehrenamt statt Sozialindustrie**

Keine Abhängigkeit von kostspieligen Sozialträgern (NGO), sondern stärkere Einbindung interessierter Bürger.

## **10 MOBILITÄT**

### **10.1 Öffentlicher Nahverkehr**

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept ohne ideologische Scheuklappen. Der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr, sei es Rad, Auto oder Fuß- oder Schienenverkehr, sollen sich sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler, aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer unterstützen wir eine Optimierung des Anbindungssystems zwischen den Bus- und Bahnlinien und des Schwebebahnverlaufs sowie eine kurze Fahrabfolge bei der Schwebebahn.

### **10.2 Wir setzen uns für Strukturmaßnahmen im Bereich Radverkehr ein**

Wir halten aber den Ausbau von Fahrradstraßen ohne Beteiligung des Individualverkehrs für deplatziert. Wuppertal wird wegen seiner Lage absehbar keine Fahrrad-

stadt werden. Trotzdem unterstützen wir alles, was die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver macht.

### **10.3 ÖPNV – Dafür setzen wir uns ein**

Ob E-Mobilität mit Elektrobussen im ÖPNV oder der Einsatz von Wasserstofftechnik. Für uns zählt Ökologie, Kosten und Zuverlässigkeit. Wuppertal muss wettbewerbsfähig bleiben. Auch Busse mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind uns, dank modernster Technik, willkommen. Wir begrüßen zukünftige Innovationen und technische Entwicklungen, die die Mobilität auch in unserer Stadt weiter nach vorne bringen.

### **10.4 Wir wollen die Innenstädte wieder attraktiver machen**

Der AfD ist die Bedeutung attraktiver und lebendiger Innenstädte nachdrücklich bewusst. Wir setzen uns daher für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein und stehen den lokalen Händlern zur Seite. Dazu gehören auch ausreichende und günstige Parkplätze mit kostenlosen Kurzzeitparken (Brötchen-Taste).

### **10.5 Individualverkehr ist das Rückgrat der Mobilität**

Derzeit scheinen Autofahrer-Hasser am Werk, die ideologiegetrieben den Individualverkehr einschränken wollen. Geht es nach der AfD, sollen die Bürger zügig von einem Ende der Stadt zum anderen gelangen können. Wir wollen die sinnlos eingerichteten 30km/h-Zonen abschaffen, die eher den Verkehr behindern als den Bürgern nutzen. Die Verkehrsbeschränkungen (keine LKW und 40km/h) auf dem Weg zur A 46 lehnen wir ab, denn wir erkennen darin keine Vorteile für Verkehr, Infrastruktur und Umwelt.

### **10.5 Parkraumkonzept für Wuppertal**

Wir möchten mehr Mut zur sinnhaften Parkraumgestaltung. Das bedeutet Quartiersgaragen, wo dies möglich ist, in Elberfeld etwa entlang der B 7. Das bedeutet aber auch ein Ende der Parkraumvernichtung, wie sie vorgeblich aus Umwelt-Gründen derzeit betrieben wird.



## 11 KULTUR

Kultur macht eine Stadt lebendig und fördert auch die Integration. Das beginnt bei der Sprache. Wir treten dem hässlichen und sprachverhunzenden Gendern ganz entschieden entgegen.

### **11.1 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumpflege und der lokalen Traditionen**

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben.

### **11.2 Erhalt historischer Bausubstanz**

Wuppertal ist die Stadt in NRW mit den meisten Baudenkmälern. Uns ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Die AfD wird sich für den Erhalt gewachsener Strukturen einsetzen, in denen sich die Bürger wohlfühlen und mit denen sie sich identifizieren können.

Dies gilt auch für die Straßennamen, sowie die Bezeichnungen historischer Gebäude mit historischen Persönlichkeiten. Straßenzüge, welche auf Arabisch, wie in Düsseldorf gegeben, beschriftet werden, lehnen wir als Partei mit Blick auf eine historisch abendländisch-jüdische Kultur strikt ab.

### **11.3 Erhalt und Ausbau der Stadtbibliothek**

Die Situation unserer Stadtbibliothek ist misslich. Der aktuelle Standort ist ungeeignet. Wir werden die hoffnungsvollen Planungen vorantreiben und so schnell wie möglich einen modernen und geeigneten Standort eröffnen. Spaß am Lesen, Freizeitgestaltung und Fortbildung mit einem zeitgemäßen Angebot sollen für alle Bürger da sein. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich präsentieren und ihre Räume für vielfältig informative Zwecke öffnen. Ein besonderes Angebot soll Schüler an die Nutzung heranführen.

### **11.4 Die AfD unterstützt die Musikschule**

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an unserer Musikschule ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zur Musikschule offensteht. Das gilt gerade jetzt, wo die Kosten der Musikschulen es ihnen besonders schwer machen.

## **11.5 Wuppertal hat Einzigartiges zu bieten!**

Die Stadt verfügt mit dem noch zu errichtenden Pina-Bausch-Zentrum, dem Von-der-Heydt-Museum, dem Grünen Zoo und dem Historischen Zentrum über bedeutende kulturelle Einrichtungen, die auch überregional attraktiv sind. Das muss jenseits der Stadtgrenzen besser bekanntgemacht werden.

## **11.6 Kulturelle Bildung**

Kultur umfasst auch kulturelle Bildung. Junge Bürger müssen noch mehr pädagogisch mit der Kultur bekannt gemacht werden. Das gilt zunächst auch für die eigene Kultur: Der vernachlässigte Heimatkundeunterricht ist auszuweiten. Alle Angebote sollen, wo immer möglich, freie Künstler berücksichtigen.

## **11.7 Vereine**

Wir unterstützen alle Vereine, die sich der Pflege der historisch gewachsenen Kultur und der Tradition widmen.

# **12 ZUWANDERUNG, INTEGRATION, ASYL**

Wir bekennen uns uneingeschränkt und mit voller Überzeugung zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist. Für uns gilt: Bereichernde Immigration ja, illegale Masseneinwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen nein!

So trugen viele europäische Einwanderer seit den 1950er Jahren zur Festigung des Wohlstandes in unserer Stadt bei. Nach wie vor gibt es unzählige Menschen in der Region, die Einwanderer nach Deutschland waren oder deren Vorfahren allesamt aus dem Ausland stammen, und die gewinnbringend zur hiesigen Gesellschaft beitragen. Dies gilt es zu würdigen!

Eine sinnvolle Zuwanderung muss sich aber immer am Bedarf des Aufnahmelandes orientieren, eine Einwanderung über das Asylrecht und in die Sozialsysteme ist daher strikt abzulehnen. Wir setzen uns für die Bezahlkarte ein, möchten aber die Möglichkeit zu einer Überweisung auf Bankkonten mit dieser Karte abschalten.

## **12.1 Keine Aufnahme von mehr Migranten als nötig**

Das Konzept der „sicheren Häfen“ und deren Ausrufung ist abzulehnen, da es falsche Anreize setzt. Wuppertal hat in den letzten Jahren genug Asylbewerber aufgenommen, gepflegt und untergebracht. Weitere Aufnahmen lehnt die AfD ab, da diese die Stadt

über Gebühr belasten und zudem nicht selten zu einem Sicherheitsrisiko für die eigene Bevölkerung werden, wie zahlreiche Straftaten belegen.

## **12.2 Integration**

Integration ist eine Bringschuld und muss konsequent eingefordert werden. Wenn Einwanderer die Teilnahme an verpflichtenden Integrationskursen ablehnen oder solche mutwillig abbrechen, muss das Folgen haben.

Wenn ein "Integrationsbeirat" mehrheitlich aus Ausländern besteht, ist dies integrationsfeindlich. Hier fordert die AfD stattdessen einen paritätisch besetzten Integrationsausschuss.

## **12.3 Asyl ist immer nur Schutz auf Zeit**

Nach Wegfall des Asyl- bzw. Fluchtgrundes sind auch anerkannte Asylbewerber in ihre Heimat zurückzuführen. Die AfD setzt sich jedoch dafür ein, dass anerkannten Asylbewerbern eine Ausbildungsmöglichkeit angeboten wird, um ihnen eine gute Grundlage für ein zukünftiges Leben in der Heimat zu geben.

## **12.4 Abschiebung**

Darüber hinaus fordern wir, dass ausreisepflichtige Asylbewerber konsequent abgeschoben werden.

Die AfD Wuppertal setzt sich entschieden dafür ein, keine weiteren Duldungen mehr auszustellen. Abgelehnte Asylbewerber und nicht anerkannte Flüchtlinge sollen zeitnah in ihre Heimatregionen zurückgeführt werden, um die Kosten für die Allgemeinheit zur Versorgung dieser Personen so gering wie möglich zu halten.

Straffällig gewordene Asylbewerber und Zuwanderer müssen umgehend abgeschoben und mit einer dauerhaften Wiedereinreisesperre belegt werden.

### **Wir fordern: Abschiebeinitiative 2025 starten – „Spurwechsel“ stoppen!**

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch kommunale Ausländerbehörden und wendet sich gegen Bestrebungen, zahlreiche der im Prinzip ausreisepflichtigen Ausländer per „Spurwechsel“ mit einer bleiberechtlichen „Amnestie“ oder sogar der „Instant-Staatsangehörigkeit Deutsch“ auszustatten.

Die verbreitete Abschiebeverweigerung der Ausländerbehörden ist zu beenden. Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, konsequent umzusetzen, Kettenduldungen müssen beendet werden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen und gemäß Asylbewerberleistungsgesetz ausschließlich mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen. Integrationsmaß-

nahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr vorbereiten.

## **12.5 Moschee**

Wir lehnen es ab, gerade islamischen Gemeinden Sonderrechte beim Bau von religiösen Zentren zu gewähren. Der islamische Glaube, wie er sich im Koran manifestiert, ist an etlichen Stellen keineswegs mit dem Grundgesetz vereinbar. Auch lehnen wir solche Zentren ab, wenn ausländische Staatseinrichtungen wie die DITIB dahinterstehen. Unabhängig davon hat aber jeder Einwohner Wuppertals das gleiche Recht, Bauten genehmigt zu erhalten, wenn sie gesetzeskonform sind.

# **13 ENERGIE UND UMWELT**

Die Alternative für Deutschland ist eine konservative politische Partei. Umweltschutz und Wohlstand der Bevölkerung sind gleichwertige Ziele, die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum langfristigen Erhalt von Mensch und Natur klug gegeneinander abzuwägen sind. Umwelt- und Energiepolitik dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen.

Eine ideologische Steuerung der Umwelt- und Industriepolitik lehnen wir ab. Das Klima der Erde ändert sich seit deren Bestehen und wird von der Menschheit nur wenig beeinflusst. Das CO<sub>2</sub> in der Luft ist die wichtigste Pflanzennahrung und stellt somit die Ernährungsgrundlage für Tiere und Menschen dar.

## **14.1 Die Energieversorgung ist das Rückgrat unserer Industrie**

Nur eine preiswerte und an der Nachfrage orientierte Versorgung ermöglicht unseren Wohlstand. Wind- und Solarstrom haben einen hohen Flächenverbrauch und sollen nicht mehr finanziell gefördert werden. Grundlastfähige Kraftwerke müssen zur sicheren Stromversorgung weiter in Betrieb bleiben. Insbesondere soll auf unsere heimische Kohle als Energieträger nicht verzichtet werden.

## **14.2 Kommunale Wärmeplanung ist unnötig – Freiheit im Heizungsbau**

Die AfD fordert den Erhalt, Ausbau und Modernisierung des deutschen Erdgasnetzes. Die Zerstörung der bestehenden Erdgasinfrastruktur lehnen wir strikt ab. Eine Umrüstung auf Wasserstoff betrachten wir als unnötige Geldverschwendung.

Über die Art der Beheizung der Wohnungen sollen die Bürger selbst entscheiden. Jede Art von Zwang durch künstliche Verteuerung der Energie lehnen wir ab, gesetzliche

Vorschriften sollen die Sicherheit gewährleisten und Emissionen sinnvoll begrenzen. Vorgaben des Staates zum „Klimaschutz“ oder Einschränkungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen lehnen wir ab.

Eine thermische Sanierung der Wohnungen und Gebäude ist im Neubausektor sinnvoll, bei Altbauten häufig unwirtschaftlich. Einen Sanierungszwang lehnt die AfD ab.

### **14.3 Erneuerbare Energien**

Wir begrüßen den Ausbau von erneuerbarer Energie, jedoch mit Sinn und Verstand. Der massive Ausbau der großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlagen verwandelt das Landschaftsbild in Deutschland und macht aus unserer wunderschönen Heimat hässliche Industrieflächen. Dieser Zerstörung sehen wir mit großer Sorge. Zum Schutz der Natur würden wir begrüßen, wenn Solaranlagen primär auf Dachflächen, Industrie- und Gewerbegebäuden, Parkplätzen oder Verkehrsflächen errichtet würden.

### **14.4 Örtliches Klima verbessern**

Städte bilden durch die Versiegelung der Böden und die Bebauung Wärmeinseln. Die Absorption der Strahlung wird absorbiert, und die natürliche Kühlung durch den verdampfenden Regen und Tau ist behindert, da der Regen direkt in Kanäle abgeleitet wird. Durch Begrünung der Städte soll diesem Effekt entgegengewirkt werden, das Regenwasser möglichst aufgefangen und zur Bewässerung verwendet werden. Bei Neugestaltung und Planung auch in Wuppertal mit seinen schon vorhandenen reichlichen Grünflächen muss deren Erhalt und wo möglich Erweiterung bedacht werden; für eine optimale, möglichst natürliche Bewässerung ist zu sorgen.





**VERSPRECHEN  
HALTEN.**

**AfD**

